

Newsletter Nummer 19 – September 2016

Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Im ersten politischen Halbjahr 2016 beschäftigten wir uns intensiv mit der Unterbringung von Flüchtlingen und es galt den damit direkt zusammenhängenden Volkentscheid über Flüchtlingsunterkünfte abzuwenden. Nach vielen Gesprächen der rot-grünen Fraktionsspitzen und der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ konnte noch vor der Sommerpause eine gemeinsame Einigung erzielt werden. Dieses Übereinkommen ist sehr zu begrüßen, denn ein polarisierender Volkentscheid über Flüchtlingsunterkünfte hätte die Stadt gespalten.

Für den Verkehr im und in den Hamburger Westen gibt es Erfreuliches zu berichten: Eine S- oder U-Bahn-Anbindung nach Lurup/ Osdorfer Born ist beschlossen und die Metrobuslinie 3 wird voraussichtlich künftig an der Haltestelle „Stadionstraße“ halten. Zum Schutz vor Fluglärm haben wir ein Maßnahmenpaket beschlossen, welches die Belastung durch startende und landende Flugzeug weiter reduzieren soll und die Rechte der Fluglärmschutzbeauftragten gesetzlich verankert.

Nachdem der Entwurf des Senats für den Haushaltsplan für Hamburg 2017/18 die Bürgerschaft erreicht hat, beginnen nach der Sommerpause die Fachausschüsse mit ihren Haushaltsberatungen. Im Dezember soll der Etat dann vom Parlament beraten und beschlossen werden. Politische Gestaltung und solides Wirtschaften gehen dabei in Hamburg Hand in Hand. Schwerpunkte bleiben Bildung, Wohnungsbau, Integration und die Sanierung der städtischen Infrastruktur.

Diese und weitere Themen sind Inhalt meines aktuellen Newsletters. Viel Vergnügen beim Lesen!

Herzlichst

Ihr und Euer

Frank Schmitt

Hamburger Westen

Verkehr

Beruhigung in Risen

Die Bezirksversammlung Altona hat bereits diverse Beschlüsse zur Beruhigung des Verkehrs im Rissener Süden gefasst. Auf Initiative des SPD-Kreisvorsitzenden und Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Mathias Petersen und des Rissener Bezirksabgeordneten Henrik Strate wurde dieses Thema erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt. Auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschäftigte sich mehrfach mit dieser Thematik.

Die bisherige Ablehnung der zuständigen Behörden für eine Verkehrsberuhigung des Tinsdaler Kirchenweges und des Tinsdaler Heideweges konnte nach intensiven Gesprächen aufgeweicht werden. Die Behörde für Inneres und Sport hat zugesichert, eine Verkehrsberuhigung der genannten Straßen erneut zu prüfen. „Ich hoffe, dass endlich der Weg frei gemacht wird, dass die vom Bezirk Altona geforderten und geplanten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Rissener Süden umgesetzt werden können“, so Frank Schmitt. Er hofft, dass nun eine Lösung im Sinne der Anwohner baldmöglichst realisiert werden kann.

Fluglärm

Zwei wichtige Schritte für den Fluglärmschutz

Das Thema Fluglärmschutz steht schon längere Zeit ganz oben auf der politischen Agenda. Im Mai wurden nun zwei Weichen gestellt, die die Menschen in Hamburg vor Fluglärm schützen sollen: Zum einen hat der Hamburg Airport gemeinsam mit den fünf größten Airlines eine Pünktlichkeitsoffensive verkündet, zum anderen legte der Senat einen Maßnahmenkatalog gegen Fluglärm vor und antwortete somit auf den 16-Punkte-Plan, der vergangenes Jahr von der Bürgerschaft verabschiedet wurde. Frank Schmitt sieht darin einen wichtigen Schritt im Fluglärmschutz: „Ich begrüße diese Schritte ausdrücklich. Davon können alle lärmgeplagten Menschen in Hamburg deutlich profitieren.“ Schon seit längerem setzen sich die beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Anne Krischok und Frank Schmitt in ihrem Wahlkreis im Hamburger Westen für eine Verbesserung des Fluglärmschutzes ein.

Bereits im Laufe des vergangenen Jahres wurden Schritt für Schritt Teilaspekte des 16-Punkte-Plans umgesetzt, nun hat der Senat ein Gesamtpaket vorgelegt. Eine zentrale Neuerung und bundesweit einmalig ist die Vorlage eines Fluglärmschutzbeauftragtengesetzes. Mit diesem Gesetz soll die Position der Fluglärmschutzbeauftragten maßgeblich gestärkt werden. Sie wird künftig unabhängig und an keine Weisungen gebunden sein. Durch gesetzlich klar geregelte Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte, zum Beispiel bei der Einhaltung der Bahnbenutzungsregeln oder bei Ausnahmegenehmigungen für Nachtflüge, wird sie eine Anwältin im Interesse des Fluglärmschutzes sein.

Des Weiteren unterzeichneten die fünf größten Airlines gemeinsam mit dem Hamburg Airport eine Pünktlichkeitsoffensive. Die Fluggesellschaften Lufthansa, Eurowings/Germanwings, Easyjet, Airberlin und Condor verpflichten sich damit, insbesondere Landungen nach 23 Uhr auf ein Minimum zu reduzieren.

„Diese Zusammenarbeit ist eindeutig ein positives Signal“, so Frank Schmitt. Dies bestärkt auch die Hoffnung auf eine Einigung mit den Fluggesellschaften, das Flachstartverfahren in Hamburg künftig nicht mehr anzuwenden. Dieses belastet auch besonders die Anwohnerinnen und Anwohner im Hamburger Westen stark. Erfreulicherweise setzt sich nun auch die Fluglärmschutzkommission nach eingehenden Untersuchungen hierfür ein.“

Ausruhen sei trotzdem nicht angesagt, so die Abgeordneten aus dem Hamburger Westen. „Wir bleiben am Thema dran und werden regelmäßig prüfen, ob die Maßnahmen greifen oder gegebenenfalls angepasst oder ergänzt werden müssen“, sind sich Anne Krischok und Frank Schmitt einig.

Schienenanbindung

Verschiedene Varianten werden geprüft – frühzeitige Bürgerbeteiligung

Dass Lurup/ Osdorfer Born an den Schienenverkehr angebunden wird, ist beschlossen. „Gut Ding braucht Weile“, zitiert Frank Schmitt den Volksmund. „Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung, denn somit erhalten rund 35.000 Luruperinnen und Lurupern sowie 25.000 Menschen, die im Bereich des Wohnquartiers Osdorfer Born leben, eine schnelle Anbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr in die Innenstadt.“ Der Bau einer S- oder U-Bahn aus dem Hamburger Westen Richtung Innenstadt gehört zurzeit zu den größten Verkehrsinfrastrukturprojekten in Hamburg.

Die Konzeptstudien zu einer S- oder U-Bahn sind abgeschlossen, ob letztendlich eine S- oder U-Bahn realisiert wird, ist jedoch noch nicht abschließend entschieden. Auch fand bisher noch keine endgültige Festlegung auf eine Trassenführung und für konkrete Haltestellen statt. Nach derzeitigem Planungsstand soll die Trassenführung bis auf die Ausfädelstellen gänzlich unterirdisch erfolgen.

„Im nächsten Schritt werden für eine ausgewählte Anzahl von Varianten Machbarkeitsstudien erstellt, um für die Menschen im Hamburger Westen eine Schienenanbindung zu realisieren“, so Frank Schmitt weiter. Die Machbarkeitsstudien starten im nächsten Jahr und sollen voraussichtlich im Jahr 2018 abgeschlossen sein. Nach Fertigstellung der Studien wird über die konkrete Trassenführung entschieden.

Wichtig ist bei der Planung der neuen S- bzw. U-Bahn eine frühzeitige und umfangreiche Bürgerbeteiligung. Frank Schmitt: „Wir haben aus der Vergangenheit und aus Erfahrungen bei großen Projekten in anderen Städten gelernt, dass zwingend mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger geplant wird. Der Erfolg eines solchen großen Projekts hängt maßgeblich davon ab, wie sich die betroffenen Menschen einbringen können. Deshalb hat für uns eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert.“

Wahlkreisgespräche

In Lurup und Blankenese über ein Jahr rot-grüne Koalition in Hamburg diskutiert

Zu zwei Wahlkreisgesprächen in Lurup und in Blankenese hatten Anne Krischok und Frank Schmitt eingeladen. Die beiden Abgeordneten zogen dabei für Hamburg im Allgemeinen und für den Hamburger Westen im Speziellen ein positives Zwischenfazit der gut einjährigen Koalition mit den Grünen. In guter und enger Zusammenarbeit wurde bereits Vieles auf den Weg gebracht. Nach dem Motto „Zusammen schaffen wir

das moderne Hamburg“ werden Schritt für Schritt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben in die Tat umgesetzt.

„Das alles dominierende Thema im ersten Jahr dieser Legislaturperiode war die Flüchtlingssituation“, sagt Frank Schmitt. „Dabei geht es einerseits um die Unterbringung, die Vermeidung von Obdachlosigkeit auch durch Notmaßnahmen, wie wir sie bei der Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Max Bahr-Baumarkt in Osdorf erlebt haben, aber auch die langfristigen Planungen wie beispielweise in Rissen. Gleichzeitig geht es aber natürlich immer auch um die Förderung einer gelingenden Integration. Dafür haben wir in den vergangenen Monaten über 20 parlamentarische Initiativen eingebracht, zum Beispiel zur Kinderbetreuung, zur offenen Kinder- und Jugendarbeit, zur schulischen Bildung sowie zur Sprachförderung und der Vermittlung in Arbeit.“

Damit Integration gelingt, braucht es mehr als nur ein vernünftiges Dach über dem Kopf – zur Integration braucht es immer auch Menschen. „Gemeinsam mit unserer Bürgerschaftsfraktion setzen wir uns für die richtigen Weichenstellungen ein und wollen diese dann gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort umsetzen“, betont Frank Schmitt. „Deshalb ist es uns als Wahlkreisabgeordnete besonders wichtig, mit den Menschen in unserem Wahlkreis regelmäßig ins Gespräch zu kommen und uns über die Themen vor Ort auszutauschen.“

Neben den großen Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und -integration hat die Regierungskoalition in den vergangenen Monaten auch viele andere Vorhaben weiter erfolgreich vorangetrieben, so die beiden Wahlkreisabgeordneten. Bei der rot-grünen Zusammenarbeit hat der Wohnungsbau weiterhin eine hohe Priorität. Dafür wird auch zusätzliches Personal in den Bezirksämtern angestellt. Darüber hinaus werden Straßen und Brücken saniert, Fahrradwege ausgebaut sowie Bushaltestellen neu und barrierefrei gestaltet. Im Bereich Kita sorgte die Koalition für eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Frank Schmitt und Anne Krischok gaben ebenso offen zu, dass es bei einigen Themen noch weiter Ausdauer braucht. So wollen sie sich zum Beispiel weiterhin für eine Verbesserung des Fluglärmschutzes und für eine zügige Schienenanbindung von Osdorf und Lurup einsetzen.

„Das erste Regierungsjahr unter rot-grüner Flagge zeigt, dass wir gemeinsam auf dem richtigen Kurs sind“, so die beiden Abgeordneten.

Radverkehr

Weitere StadtRad-Stationen im Hamburger Westen

In Altona gibt es bereits 22 Stationen für StadtRäder, drei neue sind dazu gekommen: Am Elbe-Einkaufszentrum, an der S-Bahn „Klein Flottbek“ und am Fähranleger „Teufelsbrück“ werden künftig die roten Fahrräder zur Ausleihe bereit stehen. Die Stationen in Groß Flottbek an den S-Bahn-Stationen „Othmarschen“ und „Bahrenfeld“ sowie beim Desy sind inzwischen in Betrieb gegangen.

„Endlich können auch immer mehr Menschen aus den westlichen Stadtteilen von diesem beliebtem Angebot profitieren“, so Frank Schmitt. „In einer modernen Metropole wie Hamburg ist das Fahrrad die umweltfreundlichste Form der Mobilität und oftmals sogar das schnellste Fortbewegungsmittel.“

Mit einer Kommunikationskampagne will die Stadt nun noch mehr Menschen dafür begeistern auch im Alltag aufs Fahrrad umzusteigen. Zudem soll die Kampagne für

gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer werben. Dass dies gelingen kann, zeigen viele gute Beispiele aus anderen Städten. Für den weiteren Ausbau des StadtRad-Systems hatten die Fraktionen von SPD und Grünen mit einem entsprechenden Antrag in der Bürgerschaft gesorgt. Statt der zunächst beschlossenen 40 wurden somit im Laufe des vergangenen Jahres insgesamt 70 neue Verleihstationen in Hamburg eingerichtet. In diesem Jahr sollen noch weitere 20 hinzukommen.

Forderungen nach weiteren Stationen am Eckhoffplatz und der S-Bahn „Elbgaustraße“ blieben bisher unberücksichtigt. „Leider wurden diese beiden Standorte abgelehnt, da sie zu weit vom bisherigen Bedienungsgebiet entfernt lägen“, erklärt Frank Schmitt, der auch Mitglied im Verkehrsausschuss ist. „Mit den neuen Stationen im Umkreis können wir hier bei einem künftigen weiteren Ausbau einen neuen Anlauf nehmen. Ein guter Anfang für den Hamburger Westen ist gemacht, es muss jedoch noch weitergehen.“

2015 ist das StadtRad-System auf insgesamt 188 Stationen angewachsen, die von 326.100 Kunden genutzt wurden. Mit über 2,5 Millionen Nutzungen im Jahr ist das StadtRad eins der erfolgreichsten Fahrradleihsysteme in Deutschland.

Arenen

Doppelveranstaltungen weitgehend vermeiden

Viele Menschen, viele Autos, viel Verkehr – bei Spielen im Volksparkstadion oder großen Konzerten in der Barclaycard-Arena ist immer einiges los. Gerade wenn zwei Veranstaltungen parallel in den beiden Arenen stattfinden, kommt es zur Belastungsprobe. Den Unmut vieler Anwohner hat Frank Schmitt zum Anlass genommen, um den Senat zu fragen: Was wird getan, um die Belastung durch Doppelveranstaltungen möglichst gering zu halten?

Die Antwort ergab, dass grundsätzlich Einigkeit herrscht, die Anzahl der Doppelveranstaltungen möglichst gering zu halten. Der HSV und die Betreiber der Arenen haben dazu eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach Parallelveranstaltungen weitgehend vermieden werden und nicht mehr als sechs Parallelveranstaltungen pro Jahr stattfinden sollen. Über den Veranstaltungsbetrieb und die damit zusammenhängenden Maßnahmen tauschen sich die beiden Betreiber darüber hinaus anlassbezogen mit den zuständigen Behörden aus.

Um die Besucherströme zu organisieren, beginnen die polizeilichen Maßnahmen für die Anreise bereits jeweils zweieinhalb Stunden vor Beginn der Veranstaltungen. Das Verkehrskonzept umfasst dabei die Leitung des Kfz-Verkehrs, des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie die verkehrsregelnde Unterstützung der Busshuttle-Verkehre. Für die Anreise mit dem Auto wurden nach dem zwischenzeitlichen Wegfall von 1550 Parkplätzen durch die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften an anderer Stelle neue Kapazitäten geschaffen. So stellt die Stadtreinigung auf ihrem Gelände 400 Parkplätze zur Verfügung, bei trockenem Wetter können Besucher weitere 250 bis 300 Stellplätze auf dem unbefestigten Parkplatz Rot nutzen. Bei kalkulierbarem und zu erwartenden hohem Fahrzeugaufkommen wie bei Doppelveranstaltungen gibt die Polizei darüber hinaus Teile des rechten Fahrstreifens der Elbgaustraße und der Schnackenburgsallee zum Parken frei. Daneben hat das konsequente Verhängen von Strafzetteln für Falschparker in den Wohnstraßen laut Senat bereits zu einer Verbesserung für die Anwohner geführt.

„Es ist sehr wichtig, dass die Polizei hier konsequent gegen ordnungswidriges Parken in den Wohnstraßen vorgeht und somit die Anwohnerinnen und Anwohner schützt. Da die Polizei aber nicht jeden Verstoß ahnden kann, müssen wir auch immer wieder an alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer appellieren, Rücksicht zu nehmen“, unterstreicht Frank Schmitt. Gleichzeitig wünscht er sich, dass mehr Veranstaltungsbesucher die öffentlichen Verkehrsmittel zur Anreise nutzen, denn ein HVV-Ticket ist in der Regel immer in der Eintrittskarte enthalten. Bei Doppelveranstaltungen wird das Angebot im öffentlichen Nahverkehr auch entsprechend der erwarteten Besucherzahl angepasst und um zusätzliche Fahrten aufgestockt.

„Insgesamt wird bereits viel getan, um die Ströme der Besucherinnen und Besucher zu managen und insbesondere die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner so gering wie möglich zu gestalten. Es bleibt aber auch noch einiges zu verbessern“, so Frank Schmitt abschließend.

Öffentlicher Personennahverkehr

Haltestelle „Luruper Hauptstraße (DESY)“ wird von der Linie 3 angefahren

Im Bürgervertrag, der zwischen der Bürgerinitiative Lurup, Osdorf, Bahrenfeld, dem Hamburger Senat und dem Bezirk Altona beschlossen wurde, wurde unter anderem auch vereinbart, dass auf die Verkehrsbehörde und Verkehrsbetriebe mit dem Ziel eingewirkt werden soll, dass die Metrobuslinie 3 an der Haltestelle „Stadionstraße“ hält. Frank Schmitt begrüßt dies ausdrücklich, damit auch den im Lise-Meitner-Park untergebrachten Menschen eine gute Anbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht wird. „Als ich diesen Passus gelesen habe, sah ich eine Chance, dass die Linie 3 künftig auch an der Haltestelle ‚Luruper Hauptstraße (DESY)‘ halten könnte. Durch das Busoptimierungsprogramm wird der ‚Dreier‘ künftig die Zeit hereinfahren können, die für den Halt bei Desy benötigt wird“, sagt Frank Schmitt und freut sich über gleichlautende Planungen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV).

In direkter Nachbarschaft zur Flüchtlingsunterkunft im Lise-Meitner-Park liegt das Deutsche Elektronen-Synchrotron (Desy). Bei Deutschlands größtem Beschleunigerzentrum sind rund 3000 Mitarbeiter beschäftigt, damit ist Desy größter Arbeitgeber im Bezirk Altona. Aus über 40 Nationen forschen mehr als 3000 Menschen jährlich bei Desy, es ist auch gefragter Partner in nationalen und internationalen Kooperationen. „Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von den Gastforscherinnen und -forscher wurde wiederholt eine gute und direkte ÖPNV-Anbindung aus der Innenstadt und aus dem Hamburger Westen gefordert, mit der sie Desy ohne Umsteigen in eine andere Buslinie erreichen können. Bisher müssen die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs in den ‚Zweier‘ umsteigen, um bei Desy aussteigen zu können, obwohl der Bus der Linie 3 in beide Richtungen direkt an der Haltestelle ‚Luruper Hauptstraße (DESY)‘ vorbeifährt. Das ist hoffentlich bald Vergangenheit“, so Frank Schmitt weiter.

Nach wie vor hat allerdings das südwestlich der Unterkunft im Lise-Meitner-Park gelegene Quartier eine unzureichende ÖPNV-Anbindung in die Hamburger Innenstadt. Daher wurde immer wieder von den dort lebenden Menschen die Bedienung der Haltestelle „Tannenbergl“ durch die Metrobuslinie 3 gefordert. Frank Schmitt: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass auch die Haltestelle ‚Tannenbergl“

künftig von der Linie 3 angefahren wird. Im Zusammenhang mit dem Busoptimierungsprogramm sollte des Weiteren auch ernsthaft darüber nachgedacht und geprüft werden, ob die Metrobuslinie 3 an den bereits eingerichteten, aber von ihr noch nicht angefahrenen Haltestellen ‚Grubenstieg‘ und ‚Flurstraße/ Rugenbarg‘ halten könnte. Mit einer guten Anbindung an die Hamburger Innenstadt sehe ich ein großes Potential, dass auch die dort lebenden Menschen künftig vermehrt den öffentlichen Personennahverkehr nutzen werden.“

Bürgerschaft

Haushalt

Schwerpunkte

Seit der Regierungsübernahme durch die SPD im Jahr 2011 zeichnet sich die Finanz- und Haushaltspolitik in Hamburg durch Solidität und Konsequenz aus. So werden Spielräume geschaffen, ohne neue Schulden machen zu müssen: Bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen wie der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, Erneuerung der Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, bei der Sicherheit und Justiz. Unter anderen wurde ein zehn Millionen Euro starker Integrationsfonds auf den Weg gebracht und der Sanierungsfonds Hamburg 2020 wurde für dieses Jahr um ebenfalls zehn Millionen Euro aufgestockt.

Mit dem Integrationsfonds wird die haupt- und ehrenamtliche Integrationsarbeit gezielt verstärkt und weiter ausgebaut. Das neue Förderinstrument wird dabei mithelfen, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg im Sinne guter Nachbarschaft voranzutreiben, beispielsweise über den Ausbau eines Sportangebots vor Ort, die Investition in Orte der Begegnung, die Errichtung von Gemeinschaftsräumen, die Anschaffung von Geräten oder Materialien bis hin zur zeitlich begrenzten Anschubfinanzierung von Honorar- und Personalkosten als Starthilfe. „Mit dem Integrationsfonds können Spiel- und Bildungsangebote für Kinder oder Projekte der Jugendarbeit genauso wie Sport oder Stadtteilkultur unterstützt werden. Ziel ist dabei, Maßnahmen an den Start zu bringen, die sich nach einer Anschubfinanzierung selbst tragen oder durch anderweitige Finanzierung, idealerweise über die Regelsysteme, getragen werden“, so Frank Schmitt.

Wie beim Sanierungsfonds Hamburg 2020, so wird auch bei dem neuen Integrationsfonds die Bürgerschaft selbst über die jeweiligen Fördermaßnahmen entscheiden. In den vergangenen Monaten hat die Bürgerschaft bereits zahlreiche Beschlüsse gefasst, um die Bezirke und die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen bei der Integrationsarbeit vor Ort zu unterstützen. So können alle Hamburger Bezirke ab dem Haushalt 2017/2018 über den Quartierfonds jeweils bis zu einer Million Euro abrufen, um zusätzliche Integrationsfördermaßnahmen finanzieren zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt im kommenden Haushalt wird die Stärkung der Polizei und der Justiz sein. „Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hat für uns allerhöchste Priorität. Seit 2011 haben wir kontinuierlich dafür gesorgt, die Rahmenbedingungen für Hamburgs Polizei weiter zu verbessern. Die jetzt für den nächsten Doppelhaushalt 2017/18 eingeplanten Verstärkungen unterstreichen das einmal mehr. Der Hamburger Polizeivollzugsdienst wird in den kommenden Jahren um 300 neue Stellen aufgestockt. Durch weitere organisatorische Umsteuerungen können innerhalb der nächsten fünf Jahre insgesamt 500 Polizistinnen und Polizisten mehr für den Einsatzdienst zur Verfügung stehen“, zeigt Frank Schmitt die konkreten Pläne auf. Mit diesen Maßnahmen werden die Rahmenbedingungen für die Polizeikräfte deutlich verbessert und die erforderlichen Kapazitäten für das gezielte Bekämpfen besonderer Kriminalitätsformen geschaffen.

„Die Sanierung der städtischen Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren mit Hochdruck betrieben. Sie ist und bleibt für uns ein Kernanliegen. Der Sanierungsfonds Hamburg 2020 ist dabei zu einer echten Erfolgsgeschichte geworden. Ob kulturelle

Einrichtungen, soziale Projekte, der Sport, Polizei und Feuerwehr, Wissenschaft und vieles mehr, im Laufe der vergangenen Jahre haben wir als Bürgerschaft über den Sanierungsfonds bereits viele wichtige Vorhaben unterstützt. Aber die Auflösung des Sanierungsstaus bedarf eines langen Atems, denn Bedarfe bestehen noch an vielen Stellen. Hier setzen wir mit der Aufstockung des Fonds ein wichtiges Signal, gegen den Sanierungsstau und für die Modernisierung unserer Stadt“, fasst Frank Schmitt zusammen.

Kinderschutz und -rechte

Interfraktionelle Verständigung auf Enquete-Kommission

Die Fraktionen von SPD, Grünen, LINKE und FDP haben sich unter Beteiligung ihrer Fraktionsspitzen auf die Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Thema Kinderschutz und Kinderrechte verständigt. Das Gremium wird seine Arbeit unter dem Titel „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken: Überprüfung, Weiterentwicklung, Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Grundlagen, fachlicher Standards und Regeln in der Kinder- und Jugendhilfe – Verbesserung der Interaktion der verschiedenen Systeme und Akteure“ aufnehmen. Mit der Enquete-Kommission soll die Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg überprüft werden, um sie anschließend in enger Zusammenarbeit mit den Experten im Interesse der Kinder verbessern zu können. Der Einsetzungsantrag soll im September eingebracht werden.

„Wir wollen jede mögliche Anstrengung zum Wohle der Kinder unternehmen und den Kinderschutz sowie die Rechte der Kinder in Hamburg stärken. Die Einsetzung dieser Enquete-Kommission findet in Würdigung der Empfehlungen und Beschlüsse des Sonderausschusses ‚Chantal‘ und des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ‚Yagmur‘ statt, aber auch in deutlicher Erweiterung der Fragestellungen. Mit einer vereinbarten Laufzeit von rund zwei Jahren bietet dieses Gremium, bestehend aus Sachverständigen und Abgeordneten, die Chance für eine vertiefte Aufarbeitung der Themen und die Möglichkeit, entsprechende Empfehlungen vorzulegen“, erläutert Frank Schmitt.

Einigung mit Volksinitiative

„Guter Ganztag“

Die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen sowie die Vertreter der Volksinitiative „Guter Ganztag“ haben nach intensiven Beratungen und Verhandlungen in den vergangenen Wochen und Monaten eine Einigung erzielt. Zentrale Elemente der Einigung sind die Einrichtung eines Sonderfonds „Guter Ganztag“ in Höhe von zunächst 25 Millionen Euro. Des Weiteren wurde eine schrittweise Erhöhung des Personalschlüssels ab 2017/18 auf zunächst 1,1 Stellen pro Lerngruppe und ab 2019/20 auf 1,175 Stellen vereinbart – im Ergebnis eine Steigerung um 17,5 Prozent. Außerdem wird die Verpflegung durch den Ein- und Umbau von Vitalküchen verbessert. Ein Ganztagsausschuss, der unter anderem ein Raumkonzept mitentwickeln soll, wird in jeder Schule eingerichtet. Jede Schule mit Ganztagsbetreuung soll eigene Ruhe- und Toberäume erhalten.

„Wenn man sich im Ziel einig ist, den Ganztag an Hamburgs Schulen besser zu machen, sollte man einen gemeinsamen Weg finden und einen Volksentscheid vermeiden. Das ist gelungen!“, zeigt sich Frank Schmitt erfreut über die Einigung. „Wie bei Krippe und Kita gehen wir nun auch in der Ganztagsbetreuung an Schulen nach dem Platzausbau und der Gebührenfreiheit Schritt für Schritt auch die

Qualitätsverbesserung an. Das ist vor dem Hintergrund der Schuldenbremse ein großer, aber gerade noch vertretbarer Kraftakt. Aus Gesprächen mit Eltern habe ich erfahren, was schon jetzt gut läuft und was noch besser laufen könnte. Der mehrjährige Verbesserungsprozess, den wir jetzt gemeinsam mit der Volksinitiative starten, ist ein großer Schritt nach vorn für Hamburgs Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern.“

Radverkehr

Wichtiger Baustein für einen modernen Mobilitätsmix

Olaf Scholz sowie weitere Senatsmitglieder haben im Juni mit Vertretern aller sieben Hamburger Bezirke das Bündnis für den Radverkehr unterzeichnet. Vorrangiges Ziel dieses Bündnisses ist ein deutlicher Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Bis zum Ende der Wahlperiode sollen unter anderem insgesamt 280 Kilometer Velorouten fertiggestellt werden. Darüber hinaus wird der Ausbau des Bike-and-Ride-Angebotes an S- und U-Bahn-Haltestellen sowie des StadtRad-Fahrradleihsystems in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben. Hamburg ist beim Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren ein großes Stück vorangekommen. Neben Auto, Bus und Bahn spielt dabei auch der Radverkehr eine wichtige Rolle. Benötigt und gefördert wird ein Mobilitätsmix, der die unterschiedlichen Verkehrsträger mit ihren jeweiligen Stärken nachhaltig und zukunftsfähig miteinander vernetzt.

„Die ‚Fahrradstadt Hamburg‘ ist dabei ein ganz wichtiger Baustein“, sagt Frank Schmitt. „Wir wollen den Radverkehrsanteil bis in die 2020er Jahre auf 25 Prozent steigern, denn für die Mobilität in einer modernen Metropole wie Hamburg ist das Fahrrad unverzichtbarer Bestandteil.“ Natürlich stehen immer auch alle anderen Verkehrsträger im Fokus der Planung. Bestes Beispiel dafür ist das Erhaltungsmanagement Straßen: Jedes Jahr werden 100 Kilometer Fahrbahn saniert, davon profitieren Autofahrer, Busse – aber eben auch Radfahrende. Deswegen ist eine Maßnahme für den Autoverkehr oftmals auch gleichzeitig eine für den Radverkehr und umgekehrt.

Zu einer guten Infrastrukturpolitik gehört auch, dass immer nach der besten Radverkehrsführung gesucht wird. Mit dem Projekt Radweg-Check wurde der Grundstein für eine systematische Überprüfung aller Flächen für den Radverkehr gelegt. Dabei zeigt sich, dass viele altbekannte Radwege nicht mehr das taugliche Mittel für die Zukunft sind.

Mehr Sicherheit wird dort erreicht, wo Radfahrende deutlich erkennbar sind. Und das sind sie häufig nicht auf dem Fahrradweg hinter Büschen und parkenden Autos, sondern auf der Fahrbahn. Deswegen werden überall dort, wo Fahrbahnen oder ganze Straßen neu gebaut werden, auch gleich zeitgemäße Radverkehrsanlagen hergestellt, sei es in Form der Radfahr- oder Schutzstreifen oder in besonderen Fällen auch als Fahrradstraße.

Wohnungsbau

Ziel: 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr, davon 3000 Sozialwohnungen

Der Wohnungsbau kommt in Hamburg weiter mit großen Schritten voran. Nach den neuesten veröffentlichten Zahlen wurden im vergangenen Jahr 8521 neue Wohnungen in Hamburg fertiggestellt. Das ist gegenüber 2014 mit 6974 Wohnungen eine Steigerung um 22,2 Prozent, mit 22,1 Prozent ist eine ähnliche Steigerung bei der zur Verfügung stehenden Wohnfläche festzuhalten. Das ist der beispiellose Erfolg des

Bündnisses für das Wohnen, das seit Bestehen im Jahr 2011 das Fundament für den erheblich gesteigerten Wohnungsneubau ist.

Für Altona gibt es auch erfreuliche Zahlen zu berichten. „Im Bezirk Altona wurden im vergangenen Jahr 1383 Wohnungen fertiggestellt. Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen, die im Bezirk Altona wohnen oder wohnen wollen. Wenn das Wohnen in Hamburg für alle Menschen bezahlbar bleiben soll, dann müssen mehr Wohnungen gebaut werden. Damit diese Entwicklung weiterhin so bleibt, sollen in Hamburg 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr erteilt werden“, so Frank Schmitt.

Diese Zielzahl von 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr wird durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Bürgerbeteiligung ergänzt. Mit der Neuauflage des „Bündnisses für Wohnen“ und dem aktuellen „Vertrag für Hamburg“ wird das Fundament für einen noch stärkeren Wohnungsneubau gelegt. Neben der weiterhin prioritären Innenverdichtung sollen auch Möglichkeiten der Stadterweiterung entwickelt werden sollen. Dieses soll unter Beachtung ökologischer Belange erfolgen. Dabei sollen die Landschaftsachsen, bedeutsame Grünverbindungen und vorhandene Parkanlagen freigehalten werden. Klimaschutz, reduzierte Baukosten für bezahlbares Wohnen, wesentlich mehr Sozialwohnungen sowie mehr Wohnungen für Personen mit Dringlichkeitsschein sind ebenfalls Teil des Gesamtpakets. Deshalb sollen von den 10.000 Baugenehmigungen 3000 Sozialwohnungen sein. Die Stadt, die Verbände der Wohnungswirtschaft sowie das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG haben die Neuauflage des Bündnisses für das Wohnen vereinbart.

„Unser Ziel ist es weiterhin Verdrängungen zu vermeiden und die soziale Mischung von Quartieren zu fördern. Deshalb ist es genau richtig, neben dem Wohnungsneubau auch dem Mieterschutz hohe Priorität einzuräumen. So wird die Mietpreisbremse für ganz Hamburg bestehen bleiben und weitere soziale Erhaltungsverordnungen für neue Gebiete erlassen werden. Auch zu Klimaschutz, Energieeffizienz, dem Erhalt der typischen Hamburger Backsteinfassaden sowie der Versorgung von vordringlich Wohnungsuchenden konnten wichtige Vereinbarungen erzielt werden. Sie werden bis 2020 dafür sorgen, dass Hamburg bei der Bereitstellung von bezahlbarem und attraktivem Wohnraum weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt“, fasst Frank Schmitt zusammen.

Flüchtlinge

AvM Dual

Spracherwerb, Bildung und Arbeit tragen maßgeblich zur Integration bei. Diese drei Aspekte werden nun in dem neuen Schulangebot für junge Flüchtlinge „Ausbildungsvorbereitung für Migranten“ (AvM Dual) vereint. Es verknüpft intensive Sprachförderung mit Schulunterricht und betrieblichen Praktikumsphasen.

„Auf diese Weise können wir die jungen Menschen auf verschiedensten Ebenen gleichzeitig unterstützen, ihnen die Integration erleichtern und sie gezielt auf den Einstieg in den Beruf vorbereiten“, so Frank Schmitt. Den Anstoß zu diesem Angebot hatte die rot-grüne Koalition gegeben.

Das neue Schulangebot „AvM Dual“ ersetzt schrittweise alle bisherigen Halbtagsschulangebote für junge Flüchtlinge. Bei dem insgesamt zweijährigen Angebot schließen sich nach einem mehrmonatigen Vorbereitungs- und

Sprachunterricht dualisierte Phasen an, in denen die Jugendlichen wöchentlich drei Tage in der Schule und zwei Tage im Betrieb lernen.

Eine der berufsbildenden Schulen, die dieses Angebot umsetzen, ist die Staatliche Handelsschule Altona in Groß Flottbek. Dort lernen derzeit 38 jugendliche Flüchtlinge in zwei Klassen. „Bei dieser Herausforderung sind wir ganz besonders auf das Engagement vor Ort angewiesen. Deshalb gilt mein Dank neben den Schulen vor allem auch den Betrieben, welche die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und so die Jugendlichen auf ihrem Weg in ihre berufliche Zukunft maßgeblich unterstützen“, unterstreicht Frank Schmitt.

Flüchtlingsunterbringung

Einigung mit der Volksinitiative – Volksentscheid abgewendet

Erklärtes Ziel bei den Gesprächen mit der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ war es, einen Kompromiss zu finden, der den drohenden Volksentscheid zu Flüchtlingsunterkünften überflüssig macht. Damit dieser Konsens für den sozialen Frieden in Hamburg gefunden werden konnte, mussten alle Seiten zu Zugeständnissen bereit sein. Die Politik hat ihren Beitrag für einen Konsens geleistet und diese Bereitschaft in den Verhandlungen durch ein mehrere tausend Plätze umfassendes Entgegenkommen bei vielen Unterkunftsplanungen, durch mehr und schnellere Durchmischung beim Festbauprogramm sowie durch Verzicht und Aufteilung von Standorten unter Beweis gestellt. Anfang Juli wurde dann eine Einigung mit der Volksinitiative erzielt: Die „Drei-Mal-300“-Formel ermöglicht die Befriedung der Flüchtlingsunterbringung und die Expressbauten werden zu normalen neuen Wohnquartieren.

„Mit der Volksinitiative ‚Hamburg für gute Integration‘ wurde sich auf ein Maßnahmenpaket zur Flüchtlingsunterbringung geeinigt. Zentrales Element dabei ist die ‚Drei-Mal-300‘-Formel, das heißt, dass bis Ende 2019 die Flüchtlingsunterkünfte im Durchschnitt höchstens 300 Plätze haben werden und alle jetzt neu geplanten Unterkünfte werden auf maximal 300 Personen ausgelegt“, erläutert Frank Schmitt den Kern der Einigung. Das Maßnahmenpaket wurde dann auch so in der Bürgerschaft beschlossen, somit konnte ein polarisierender Volksentscheid zur Flüchtlingspolitik vermieden werden.

Für die Flüchtlingsunterbringung im Lise-Meitner-Park und in Rissen wurden Bürgerverträge ausgehandelt und unterzeichnet. Sie sind Teil des Bürgerschaftsbeschlusses und regeln detailliert die Rahmenbedingungen für die jeweilige Unterkunft. Die Bürgerverträge sind zu beachten und durch die zuständigen Stellen umzusetzen.

Damit die Integration der geflüchteten Menschen gut gelingen wird, hat die Bürgerschaft auf Initiative der Koalition eine umfassende Integrationsoffensive für die geplanten festen Wohnunterkünfte für Geflüchtete auf den Weg gebracht. Unter anderem werden die Bezirke über die Aufstockung des Quartiersfonds zusätzlich mit jeweils einer Million Euro unterstützt sowie vor Ort Quartiersmanager und Quartiersbeiräte installiert. Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen wird darüber hinaus ein bedarfsgerechter Ausbau bei Kitas, Schulen sowie Offener Kinder- und Jugendarbeit genauso im Fokus stehen wie zum Beispiel die Themen Sicherheit oder Gesundheitsversorgung.

Des Weiteren wird mit insgesamt 800.000 Euro das Projekt „Willkommen im Sport“ unterstützt. Frank Schmitt: „Damit soll die erfolgreiche Integrationsarbeit der Sportvereine mit Geflüchteten fortgesetzt und ausgebaut werden.“

Der Koalition war es nicht nur wichtig, den drohenden Volksentscheid abzuwenden, ebenso wichtig ist die Integration der geflüchteten Menschen. „Beides haben wir nun erreicht. Damit sind wir bei der Flüchtlingsunterbringung auf einem guten Weg“, zieht Frank Schmitt ein positives Fazit.

Abgeordnetenbüro

Abschied von Büroleiterin Bianca Kappelhoff

Dankeschön für zwei spannende Jahre

Liebe Leserinnen und Leser,

etwas mehr als zwei Jahre ist es her, dass ich zum ersten Mal das Abgeordnetenbüro in der Luruper Hauptstraße betrat. Inzwischen habe ich einige von Ihnen dort oder anderswo persönlich getroffen, mich mit Ihnen per Mail oder telefonisch ausgetauscht. Vieles, was Sie in den letzten Ausgaben des Newsletters an dieser Stelle gelesen haben, stammte aus meiner Feder. Zukünftig wird ein anderer all diese Aufgaben übernehmen und für Sie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Für mich ist die Zeit des Abschieds gekommen und ich ziehe beruflich weiter zu neuen Ufern.

Nach zwei tollen Jahren als Büroleiterin sage ich Dankeschön: Dankeschön an Frank Schmitt, der nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als Chef einen tollen Job macht und Dankeschön an Sie alle, die mit ihren Fragen und Anregungen meine Arbeit stets bereichert und spannend gemacht haben.

Ihre

Bianca Kappelhoff

Wechsel im Abgeordnetenbüro

Neuer Büroleiter ist Alexander Hund

Die Nachfolge von Bianca Kappelhoff als Büroleiter im Abgeordnetenbüro trat Alexander Hund an. Er ist seit 2009 Geschäftsführer der SPD-Fraktion Altona und war von 2011 bis 2014 für den Stadtteil Lurup Abgeordneter in der Bezirksversammlung Altona. Frank Schmitt und er kennen sich aus der gemeinsamen Zeit in der SPD-Bezirksfraktion Altona, der Frank Schmitt bis 2011 angehört hat. „Ich freue mich sehr, dass Alexander Hund künftig in meinem Büro arbeiten wird. Wir haben sowohl als Politiker als auch während meiner Zeit in der Bezirksversammlung Altona immer sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet und er ist mit den politischen Themen in meinem Wahlkreis bestens vertraut. Außerdem schaffen wir so auch eine noch bessere Verzahnung von Bürgerschafts- und Bezirksebene“, so Frank Schmitt.

Künftig wird Alexander Hund jeweils mit einer halben Stelle im Abgeordnetenbüro und in der Fraktionsgeschäftsstelle arbeiten. „Es ist für mich sehr spannend und interessant, auf der einen Seite für einen Abgeordneten und auf der anderen Seite für die Bezirksfraktion zu arbeiten. Deswegen habe ich nicht gezögert, als ich die Chance mit dieser Konstellation bekommen habe“, freut sich Alexander Hund auf die künftige Zusammenarbeit.

Termine

„Auf ein Wort“ – Die Sonnabend-Sprechstunde

„Auf ein Wort“ mit Ihrem Abgeordneten: Frank Schmitt steht den Bürgerinnen und Bürgern in seinem Wahlkreis im Hamburger Westen zum persönlichen Gespräch auch an folgenden Sonnabenden zur Verfügung:

Sonnabend, 24. September

Sonnabend, 26. November

jeweils von 10 bis 12 Uhr

SPD-Abgeordnetenbüro Frank Schmitt, Luruper Hauptstr. 274

Kommen Sie einfach spontan mit Ihrem Anliegen vorbei und sprechen mit Ihrem Abgeordneten! Selbstverständlich können Sie auch jederzeit einen individuellen Termin vereinbaren.

Olaf Scholz im Gespräch

In Zeiten großer Herausforderungen schaffen wir die Voraussetzungen und entwickeln das moderne Hamburg weiter: Zum Beispiel mit einem erweiterten Wohnungsbauprogramm, mit gut ausgestatteten und gebührenfreien Bildungseinrichtungen, mit einer klugen Haushaltspolitik ohne neue Schulden und mit einer leistungsfähigen Infrastruktur.

Mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, möchte der Erste Bürgermeister das Gespräch darüber fortsetzen, was in unserer Stadt getan werden muss.

Dienstag, 27. September, 19:30 Uhr

Stadtteilschule Blankenese, Frahmstraße 15a/b

Rathausführungen

Frank Schmitt führt seine Gäste persönlich durch das Rathaus. Im Anschluss daran verfolgen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann noch die Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Mittwoch, 28. Sept., 12:45 Uhr

Mittwoch, 30. Nov., 12:45 Uhr

Treffpunkt jeweils in der Rathausdiele

Da die Zahl der Plätze begrenzt ist, melden Sie sich bitte frühzeitig im Abgeordnetenbüro an.

Volkslauf der SPD Lurup

Der traditionelle Volkslauf der Luruper SPD führt über fünf Kilometer durch den beliebten Altonaer Volkspark. Frank Schmitt, Mitorganisator des Laufes: „Mitmachen ist angesagt. Laufen im Grünen ist gesund und macht Spaß.“ Weitere Informationen und die Möglichkeit der Online-Anmeldung unter volkslauf.spd-lurup.de.

Sonntag, 25. Sept., ab 9:15 Uhr

Altonaer Volkspark, Eingang August-Kirch-Straße

Rathaustermine

Bürgerschaftssitzungen

Plenarsaal im Rathaus

Für die Sitzungen der Bürgerschaft sollten Sie frühzeitig einen der begrenzten Plätze kostenfrei im Büro von Frank Schmitt reservieren.

Mittwoch, 7. September, 15 Uhr
Donnerstag, 8. September, 15 Uhr
Mittwoch, 28. September, 15 Uhr
Mittwoch, 12. Oktober, 15 Uhr
Donnerstag, 13. Oktober, 15 Uhr
Mittwoch, 9. November, 15 Uhr
Mittwoch, 30. November, 15 Uhr
Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr
Dienstag, 13. Dezember, 15 Uhr *)
Mittwoch, 14. Dezember, 15 Uhr *)
Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr *)
*) Haushaltberatungen der Bürgerschaft

Ausschusssitzungen

Die Ausschüsse tagen öffentlich, einer Anmeldung bedarf es nicht.

Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
Schmiedestr. 2, Saal 1

Freitag, 9. September, 17 Uhr
Dienstag, 22. November, 17 Uhr

Verfassungs- und Bezirksausschuss
Rathaus, Raum 151

Donnerstag, 1. September, 17 Uhr
Donnerstag, 10. November, 17 Uhr
Freitag, 9. Dezember, 17 Uhr

Verkehrsausschuss
Schmiedestr. 2, Saal 1

Dienstag, 20. September, 17 Uhr
Dienstag, 17. November, 17 Uhr
Dienstag, 2. Dezember, 17 Uhr